



02.10.2012

**Dezernat 3 - Bau, Umwelt und Forst
Amt für Umweltschutz**

Stellungnahme des Landkreises Waldshut zu dem Staatsvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über die Auswirkungen des Betriebs des Flughafens Zürich auf das Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland und der entsprechenden Denkschrift.

Beschlussvorlage

Gremium	Sitzung am	Öffentlichkeitsstatus	Zuständigkeit
Kreistag	17.10.2012	öffentlich	Beschlussfassung

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag lehnt den zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über die Auswirkungen des Betriebs des Flughafens Zürich auf das Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland abgeschlossenen Staatsvertrag und die Denkschrift ab und beschließt die anliegende EntschlieÙung.

Stellungnahme der Verwaltung:

Der Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Schweizerischen Eidgenossenschaft über die Auswirkungen des Betriebs des Flughafens Zürich auf das Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland wurde am 02. Juli 2012 paraphiert und am 04. September 2012 von Frau Bundesrätin Leuthard und Herrn Bundesminister Dr. Ramsauer unterzeichnet.

Der Staatsvertrag ist in den letzten Wochen in unserem Landkreis, aber auch in den benachbarten Landkreisen Konstanz und Schwarzwald-Baar-Kreis auf breite Ablehnung gestoßen. Beispielhaft für die Sorgen der Bürgerinnen und Bürger im Landkreis Waldshut steht die „Erzinger Erklärung“ vom 29. August 2012, in der sämtliche 32 Bürgermeister des Landkreises Waldshut den Staatsvertrag ablehnen.

Die vom Kreistag in seiner Sitzung am 18.07.2012 eingesetzte Arbeitsgruppe Flugverkehr hat am 26.09.2012 getagt. Die Arbeitsgruppe schlägt dem Kreistag vor, den Staatsvertrag und die Begründung des Zustimmungsgesetzes („Denkschrift“) abzulehnen und die anliegende EntschlieÙung zu verabschieden.

Gegenstand der Arbeitsgruppensitzung war auch die vom Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung von den Landräten der Landkreise Konstanz, Schwarzwald-Baar-Kreis und Waldshut zum 28.09.2012 erbetene Stellungnahme zu der o.g. Denkschrift. Die Änderungswünsche der Arbeitsgruppe sind in die anliegende Stellungnahme vom 26.09.2012 an das Bundesverkehrsministerium eingeflossen.

Finanzierung:

Durch die Ausführung des vorgeschlagenen Beschlusses entstehen keine Auswirkungen auf den Haushalt

Bollacher
Landrat

Anlagen:

**EntschlieÙung des Kreistags
Schreiben der 3 Landräte zur Denkschrift**